

Grundlinien für eine Neugestaltung des Verhältnisses Europas zu den islamischen Nachbarregionen

I. Vorbemerkungen:

Dieses Papier ist eine Diskussionsgrundlage. Es dient dem Ziel, das Anliegen des Botschafterbriefes vom 17.2. mit konkreten Überlegungen und Vorschlägen für eine Entspannung des Verhältnisses Europas zu den islamischen Nachbarregionen fortzusetzen. Dabei führt es die im Brief nur skizzenhaft ausgeführten alternativen Handlungsvorschläge weiter.

Seine zentrale Überlegung besteht darin, dass ein Ausweg aus dem Terrorismusdilemma gefunden werden muss, der perspektivisch tragfähig ist, weil er die Krise im Verhältnis der islamischen „Welt“ zum „Westen“ zu überwinden vermag.

Jene Krise ist historisch gewachsen, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass es zu ihrer Auflösung gleichfalls eines längeren Prozesses bedarf, in dem gemeinsam an der Überwindung ihrer Ursachen gearbeitet wird. Die Aufgaben eines solchen Prozesses sind

- gemeinsames Herausfinden sowohl trennender Faktoren und Streitfragen, als auch verbindender Gemeinsamkeiten;
- Annäherung durch die Vereinbarung neuer Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses;
- Vertrauensbildung und Verständigung über einen „Code of Conduct“, welcher für Streitfragen und Konfliktsituationen einen gegenseitigen gewaltfreien Umgang der friedlichen Koexistenz vorsieht und regelt.

Während sich das Herbeiführen eines solchen Prozesses zwischen Staaten Europas und seinen islamischen Nachbarregionen auf bereits bestehende Dialog- und Austauschgremien stützen kann (Barcelona-Prozess, Nachbarschaftsdialog der EU u.a.), ist der kritische Punkt die Einbeziehung islamischer Gesellschaftsschichten und Opposition in einen solchen Prozess, insbesondere von Islamisten. Weil diese in bedeutendem Maße das gesellschaftspolitische Umfeld bestimmen, aus dem heraus gewaltbereites Potential erwächst, ist Vertrauensbildung ihr gegenüber besonders wichtig, aber

auch schwierig. Dafür bedarf es vertrauensbildender Vorleistungen aus Europa.

Von dieser Prämisse, dass Europa im Interesse einer Entspannung seines Verhältnisses zur islamischen Region zu vertrauensbildender Vorleistung bereit ist, geht das Arbeitspapier aus. Die von ihm vorgeschlagene Vorleistung besteht zunächst in der Vorlage einer Blaupause für die Neugestaltung dieses Verhältnisses und die Bereitschaft, sich darüber ohne Vorbedingungen miteinander auszutauschen.

Wie bereits der Botschafterbrief, verdeutlicht dieses Arbeitspapier kurz- und längerfristige Handlungsmöglichkeiten, die sich zunächst auf die islamischen Nachbarregionen Naher und Mittlerer Osten sowie den asiatischen Raum der OSZE (Zentralasien) konzentrieren. Es erläutert zunächst das Erfordernis, die einer Konfliktregelung abträgliche einseitige Orientierung der Antiterrorstrategie auf militärische Mittel und Interventionismus durch einen komplexen Regelungsansatz abzulösen. Sein Wesen besteht in einem grundlegenden Wandel des europäischen Verhältnisses zur islamischen Welt.

Im Weiteren folgen Überlegungen zu einem politischen Rahmen für die Neuregelung des europäisch-islamischen Verhältnisses und zu inhaltlichen Aspekten.

Das Papier beschränkt sich auf außenpolitischen und diplomatischen Handlungsbedarf. Es blendet die ökonomische Dimension der Problematik aus und geht auf die innenpolitische nur in grundsätzlicher Weise ein. Zu Beidem bedarf es weiterer Arbeitsentwürfe.

II. Grundsätzliche Überlegungen:

Die bisher verfolgte Antiterrorstrategie ist eine einseitige Politik des vorrangigen Einsatzes militärischer Mittel und westlicher Interventionen in islamischen Regionen und Staaten. Es besteht kein Zweifel, dass Menschen vor Terrorismus zu schützen sind und dieser zu verurteilen ist. Der einseitig militärisch dominierte Politikansatz aber ist gescheitert, wie die Niederlage der militärischen Allianz des Westens in ihrem Afghanistankrieg zweifelsfrei verdeutlicht. Auch die katastrophalen Folgen der Interventionen in Irak und Libyen machen das militärische Primat zum unverantwortlichen Instrument von Konfliktregelung. Bisher bewirkten sämtliche Strategien und Mittel des Westens Zuwachs von militantem Wider-

stand aus und innerhalb der eurasischen und europäischen, islamischen Nachbarschaft.

Sämtliche bisherigen westlichen Ansätze haben den konflikthaften Zustand im Verhältnis zur islamischen Welt vertieft, welches droht, antagonistischen Charakter anzunehmen. Es besteht sogar die Gefahr einer weiteren Internationalisierung des Konfliktes um den Terrorismus. Der Konflikt hat inzwischen auch die europäischen Straßen erfasst und verschlechtert die internationale Lage insgesamt.

Trotz ihrer negativen Bilanz ist es beschlossene Sache, sie auszuweiten und sogar zu globalisieren. Wie der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, der deutsche General Harald Kujat im Mai 2005 erklärte, wird der „Globalisierung des Terrors“ mit einer Erweiterung der „geostrategischen Interessenlage der Allianz“ begegnet, „die weit über die frühere out-of-area-Diskussion hinausgeht“: Kaukasus, Nah- und Mittelost, Mittelmeerraum, Afrika südlich der Sahara.¹

Es ist voraussehbar, dass derartige Schlussfolgerungen in einen Zustand permanenter Spannungs-, Krisen- und Kriegssituationen zwischen Europa und den betroffenen Regionen führen werden. Im Kontext mit islamischen Regionen kann ein solcher Zustand durchaus in jenem „Clash of Civilisations“ gipfeln, den es unter allen Umständen zu vermeiden gilt. Dann würde selbst die Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes nicht mehr jenes Maß an Entspannung bringen, auf das der Westen hofft, obgleich sie ein wichtiger Fortschritt wäre.

Das Mittelrepertoire der Antiterror-Strategie führt an allen Kernfragen vorbei: An der Klärung des politischen Kerns der Bedrohung, d.h. der zu regelnden Streitfragen und somit des Inhalts des Konfliktes, am Finden eines entspannungsförderlichen Umgangs mit den islamistischen, gesellschaftlichen Oppositionsbewegungen und am Auflösen der anti-westlichen Stimmungen in der islamischen Welt.

Das Mittelrepertoire versagt auch in militärischer Hinsicht. Hier wählt der Gegner asymmetrische Kampfmittel, gegen die ein Hightech-Krieg nicht zu gewinnen ist. Daran droht die Verteidigungspolitik der westlichen Bündnisse zu scheitern. Im Widerstand in Irak und Afghanistan stößt eine Strategie, vermittels Hightech-Krieg, „bunker buster“ und militärischer „Enthauptung“ gegnerischer Führungen politische Ziele zu verwirklichen, an ihre Grenzen. Ohne Bodentruppen und die Installierung von Marionet-

¹ General Harald Kujat, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, Montagsgespräch der Rheinmetall DeTec AG, 7.5.2005, <http://www.rheinmetall-detec.de/index.php?lang=2&fid=2987>

tenregimes sind jene Kriege nach wie vor nicht zu gewinnen. Das aber verfestigt den anti-westlichen Konsens. Für die Beherrschung jener neuen Art von „Gegner“ und hinter ihm stehender anti-westlicher gesellschaftlicher Bewegungen erweist sich das militärische Gewaltpotential des Westens als *politisch* nicht adäquat. Der neue „Gegner“ vermag es mit der von ihm gewählten Asymmetrie der Kampfmittel, die zwischen ihm und dem Westen bestehende Asymmetrie der Gewaltpotentiale zu seinem Vorteil zu neutralisieren. Somit könnte sich der zur Umstellung der westlichen Militärpotentiale gerade auf diese neue Art von Konflikt erbrachte finanzielle und wirtschaftliche Kraftaufwand als gigantische Fehlinvestition erweisen.

Angesichts jener negativen Bilanz ist die Zeit reif, auf eine friedliche politische Konfliktregelung umzuorientieren. Das erfordert den Übergang zu einer zivilen Regelungsstrategie, die diplomatische, sicherheitspolitische und entwicklungspolitische Maßnahmen ausgewogen miteinander verbindet. Sofortige Schritte müssen darauf abzielen, den Kriegszustand zu überwinden und zu Vertrauensbildung überzugehen und dabei pragmatisch möglichst schnell zu ersten positiven Ergebnissen zu kommen. Dafür ist vor allem ein politisch-diplomatisches Instrumentarium zu entwerfen.

Die Konzeption eines solchen Instrumentariums hat dem Zusammenhang Rechnung zu tragen der besteht zwischen einem möglichst schnellen Überwinden des Kriegszustandes und einem veränderten Verhältnis Europas zu den gesellschaftlichen Prozessen in der islamischen Welt. Der Zusammenhang zwischen Beidem besteht in Folgendem: Von Europa kann das Interesse an der Beendigung des Zustandes terroristischer Bedrohung nur dann für die islamische Welt glaubhaft formuliert werden, wenn es zugleich die Bereitschaft zu einer Neugestaltung des perspektivischen Verhältnisses zu Islam, Islamismus und ihren Trägern überzeugend demonstriert. Letzteres wiederum wird erst dann abgenommen, wenn Europa bereit ist, sich mit Vertretern der islamischen Welt über eine für beide Zivilisationen annehmbare Gestaltung ihrer *gemeinsamen Perspektive* zu verständigen, wozu auch der, gleichfalls gemeinsame, Umgang mit Globalisierung, wachsender Interdependenz und deren Wirkungen gehört.

Einer solchen anspruchsvollen Aufgabe kann nur ein komplexer Regelungsansatz gerecht werden. Sein Wesen besteht in einem grundlegenden Wandel des europäischen Verhältnisses zur islamischen Welt. Es liegt im eigenen europäischen Interesse, sich auf eine lang anhaltende Periode einzustellen, in der in islamischen Ländern politische Bewegungen ihre For-

derungen religiös auf der Grundlage des Islam, nicht säkularistisch sondern islamistisch, artikulieren.

Diesen Bedingungen Rechnung zu tragen heißt, sich für einen innen-, wie außenpolitisch schwierigen Balanceakt zu wappnen: Nämlich Ausgleich zu wollen, zu fördern und zu organisieren. Ausgleich, einerseits, zwischen autoritären (teilweise säkularen) Herrschaftsträgern und islamischer Gesellschaftsopposition andererseits, zwischen diesen und den säkularen Systemen Europas sowie zwischen Letzteren, aber auch den muslimischen Minderheiten Europas.

Gefragt ist folglich eine europäische Strategie, die das Erreichen kurz- und langfristiger Absichten und Ziele miteinander verbindet: als unmittelbares Ziel das Überwinden des Kriegszustandes und Vertrauensbildung, und als langfristiges Ziel das Gewährleisten einer Perspektive des gleichberechtigten Zusammenlebens beider Zivilisationen nach innen und außen. Eine solche Strategie muss von der Erkenntnis getragen sein, dass Stabilität im Verhältnis zwischen den muslimischen Nachbarregionen und Europa zukünftig nur durch die Respektierung der Integrität der Zivilisation des Anderen sowie der Unterschiedlichkeit seiner Gesellschaften und ihrer politischen Systeme möglich ist. Das bedeutet zwar den Verzicht auf westlichen oder islamistischen Missionarismus in Form „demokratisierender Interventionen“, des „Regimewechsels von außen“ oder der „Errichtung von Kalifaten“, nicht aber die Aufgabe von Werten und Prinzipien. Es kommt auf den Aufbau von Beziehungen an, die auf Zusammenarbeit und Koexistenz beruhen.

Auch unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten bedeutet ein solcher Paradigmenwechsel keinen Abstrich von europäischer Sicherheit, weil ein Europäischer Sicherheitsraum ohne die Stabilität seiner muslimischen Nachbarregionen und ein stabiles Verhältnisses zwischen beiden nicht machbar ist.

Auf beiden Gebieten, Kooperation und Koexistenz, hat Europa vielfältige historische Traditionen und Erfahrungen aus dem KSZE- und europäischen Einigungsprozess. Der KSZE-Prozess verlief nur deshalb erfolgreich, weil das Vermeiden kriegerischer Konfrontationen zwischen den damaligen antagonistischen Ordnungen eine strategische und keine taktische Absicht war. In diesen Erfahrungen besteht Europas wirkliche politische Stärke. Sie kann sich auch heute als wertvoll erweisen, wenn es darum geht, religiöse und zivilisatorische Feindschaft einzuhegen. Das erheischt, Widersprüche und Streitfragen auf ihren eigentlichen sachlichen

Kern zu reduzieren, um die Felder von Übereinstimmung oder Dissens und, darauf aufbauend, Auswege bestimmen zu können: Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten, gewaltfreie Koexistenz in den Fragen, in denen tiefere Widersprüche bestehen.

III. Wege aus der Krise – alternative Überlegungen

Europa ist es möglich, für sein Verhältnis zur islamischen Welt einen Weg einzuschlagen, der zu einem solchen *modus vivendi* friedlicher Koexistenz führt. Dieser Weg muss mit der Demonstration europäischer Bereitschaft zu einem „Neuanfang“ im Verhältnis zur islamischen Welt begonnen werden, welcher auf einem Paradigmenwechsel beruht. Sein Kern ist die *Gewährleistung* einer gemeinsamen Perspektive unserer unterschiedlichen Zivilisationen. Diese Perspektive beruht auf der Anerkennung der Ganzheitlichkeit von gemeinsamer Sicherheit, Respektierung der jeweiligen zivilisatorischen Werte und Entwicklung.

Wie kann ein solcher Paradigmenwechsel mit der erforderlichen Funktionalität versehen werden? Es sollte ein gemeinsamer Rahmen geschaffen werden, dem die Verständigung über neue Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses obliegt. Er kann dienen als prozessinitiiierender Beratungsrahmen für ein gemeinsames Herausfinden sowohl trennender Faktoren und Streitfragen, als auch verbindender Gemeinsamkeiten, für Vertrauensbildung durch die Vereinbarung über neue Grundlagen des gegenseitigen Verhältnisses, für eine Verständigung über einen „Code of Conduct“, welcher für Streitfragen und Konfliktsituationen einen gegenseitig gewaltfreien Umgang der friedlichen Koexistenz vorsieht und regelt. Bewährt sich jener prozedurale Rahmen, so könnte er zum Gerüst und Stabilisator eines kontinuierlichen Prozesses des politischen Ausgleiches und Kompromisses werden.

Folgende Beratungsstruktur wäre denkbar:

1. Identifizieren der verbindenden Gemeinsamkeiten und Formulieren politischer Leitlinien für das Zusammenwirken bei der Realisierung der gemeinsamen Interessen.
2. Erarbeiten eines Regelwerks für das gegenseitige Verhalten der europäischen und nah-und mittelöstlichen Staaten (Verhaltenskodex der Staaten). Ein solches Regelwerk könnte eine inhaltliche, zu modernisierende Anleihe aufnehmen bei den „Prinzipien, die die Be-

ziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“ der KSZE-Schlussakte von Helsinki.²

Zugleich hat dieses Regelwerk Normen für gewaltfreies, koexistenzielles Verhalten in schwer oder nicht lösbaren Streitfragen zu bestimmen.

3. Ausarbeiten eines Verhaltenskodex' zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit. Dabei sollte von dem Leitgedanken ausgegangen werden, dass Sicherheit unteilbar ist, die Sicherheit der Seiten untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden ist und Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten gefestigt werden kann.³
4. Einrichten eines Forums für den Dialog zwischen den Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Bürgern.

Von zentraler Bedeutung für vertrauensbildende Vorleistung zur Entspannung des Verhältnisses zur islamischen Region ist die Klärung einer Reihe grundsätzlicher Fragen im eigenen europäischen Kontext. Das sind vor allem folgende:

1. **Klärung des politischen Kerns der „neuen Bedrohung“.** Der europäischen Öffentlichkeit ist eine fundierte Analyse des politischen Kerns des Konfliktes um den Terrorismus vorzulegen. Sie ist zu einer Beurteilung der ihr von den Herrschaftsträgern als alternativlos dargestellten gegenwärtigen Antiterror-Strategie zu befähigen.

Es gilt fundiert zu klären, welche konkreten Streitfragen auszuräumen sind, ob diese auf friedlichem Wege regelbar sind, welche politisch-diplomatischen Regelungsideen zu diesem Zweck zu entwickeln sind, ob und wie zwischen extremistischen und gemäßigten Islamisten differenziert werden kann, ob Gespräche und Vertrauensbildung möglich sind, mit wem und wie.

Das zu klären ist nicht nur möglich, sondern sogar von Schlüsselbedeutung. Erst davon, ob der Konflikt unauflöslich und unregelbar

² Sie lauten: 1. Souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte. 2. Enthaltung von der Androhung von Gewalt. 3. Unverletzlichkeit der Grenzen. 4. Territoriale Integrität der Staaten. 5. Friedliche Regelung von Streitfällen. 6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. 7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit. 8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker. 9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten. 10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

³ Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, 91. Plenarsitzung des Besonderen Ausschusses des KSZE-Forums für die Sicherheitskooperation, 3. Dez. 1994, Budapest, AA, Dokumentenreihe „Sofortprogramm“, Nr.7, S.1

ist, hängen sowohl die Lagebeurteilung, als auch die Bestimmung von Zielen und Mitteln einer Strategie ab. Solange aber die politischen Ziele und Absichten des „Gegners“ nicht konkret geklärt sind (ist ihr Ziel wirklich, die westliche Zivilisation zu vernichten?), die öffentliche Debatte über das Wesen des Kampfes gegen den Terrorismus nicht entmystifiziert und -ideologisiert wird, gelingt es nicht, die politische Dimension des Konflikts von der militärischen zu emanzipieren. Gegenwärtig dominiert die militärische Dimension von Konfliktbewältigung die politische, womit der Konflikt als Ganzes erhalten bleibt.

Das heißt: Die Antiterror-Strategie hat den Konflikt in eine Regelungskrise geführt.

2. Europa sollte für sofortige Entspannungsmaßnahmen gegenüber dem arabischen, west- und südwestasiatischen Raum eintreten.

Für den Nahen Osten besitzen die unverzügliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts und die Beendigung der Okkupation Iraks Priorität. Die andauernde Besetzung palästinensischer Territorien durch Israel seit dem Krieg von 1967 ist ein Hauptgrund für das ständige Anwachsen antiwestlicher Stimmungen in der islamischen Welt. Die sog. Road Map wird nur dann eine für das palästinensische Volk, für die arabischen und islamischen Völker insgesamt akzeptable sowie der Sicherheit Israels dienliche Lösung des Palästinaproblems erreichen, wenn sie zu einem lebensfähigen palästinensischen Staat führt. Die europäische Politik sollte sich entschieden gegen eine israelische Politik des *fait accompli* wenden, die das für den palästinensischen Staat vorgesehene Territorium immer mehr durch Siedlungen, strategische Straßen und Sperrzaun zersplittert und verkleinert. Angesichts des nicht zu ignorierenden Gewichts islamistischer Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft sollten Bemühungen des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas zu ihrer Einbeziehung in den friedlichen Verhandlungsprozeß unterstützt werden.

Für eine Irakregelung sollten aus dem arabischen Raum kommende Vorschläge europäische Unterstützung finden, wie sie der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Mussa, unterbreitete: Beendigung der Okkupation, Truppenabzug nach einem Zeitplan, Wiederaufbau Iraks (von den Irakern selbst geplant und beschlossen), volle

Selbstbestimmung ihrer Zukunft durch die Iraker selbst und nicht durch Fremde.

3. **Neubestimmung des Zukunftsprofils europäischer Politik gegenüber dem islamischen Raum und dort stattfindenden gesellschaftspolitischen Prozessen.** Von Wichtigkeit ist hier die Frage nach der Einbeziehung der islamischen Gesellschaftsopposition, einschließlich radikaler Kräfte, in einen Prozess der Vertrauensbildung. Diese Problematik ist auf Engste mit dem Erarbeiten einer realistischen europäischen Position zu gesellschaftlicher Modernisierung im Vorderen Orient verbunden.

Bei einer europäischen Abwägung sollten vor allem folgende zentralen Aspekte ins Kalkül gezogen werden: Erstens, wie bereits festgestellt, muss sich Europa auf eine lang anhaltende Periode einstellen, in der in islamischen Ländern politische Bewegungen ihre Forderungen religiös auf der Grundlage des Islam, „islamistisch“ artikulieren. Zweitens, eine wie auch sich immer gestaltende Reformierung und Modernisierung wird weder ohne, noch gegen islamistische Bewegungen und Parteien möglich sein. Da diese Bewegungen auch ihre internationale Agenda haben und aktiv verfolgen, ist ihnen auch in der internationalen Politik sowie im Verhalten nah- und mittelöstlicher Staaten, wie Iran, ins Kalkül zu ziehen. Drittens liegt damit auf der Hand, dass auch die herrschenden Regimes der Region dieser gesellschaftspolitischen Kraft nicht nur Rechnung zu tragen haben. Vielmehr hängt von ihrem ex- oder inklusiven Verhalten zu islamischer Opposition in hohem Maße ab, ob diese sich radikalisiert oder sich zu einer reformerischen, Pluralität akzeptierenden Politik entschließt. Das entscheidet letztlich auch über Polarisierung und Radikalisierung muslimischer Gesellschaften insgesamt. Sollen Bürgerkriege vermieden werden, ist Ausgleich zu suchen und zu fördern.

Europäische Außenpolitik sollte sich daher für eine inklusive Orientierung einsetzen, die jedoch nicht zu eng angelegt sein darf und bei gemäßigten Islamisten endet. Erfahrung aus Konfliktregelungen zeigt, dass Kompromisse gerade mit radikalen Kräften gefunden werden müssen. Jedoch vor die Wahl zwischen Kompromiss oder Liquidierung von islamischer Opposition gestellt, entscheiden sich autoritäre Regimes in der Regel für Letzteres. Sie fürchten, dass Kompromisse und Akzeptanz politischer Pluralität Islamisten einen

demokratischen (z.B. parlamentarischen) Weg zur Macht eröffnen könnten, auf dem sie der islamischen Konkurrenz unterliegen. Die Praxis zeigt, dass in dieser Furcht vor der Verbindung von Islam und Demokratie die herrschenden Regimes und der Westen sich vereint finden.

Es steht außer Frage, dass die Herrschaftsverhältnisse im Nahen- und Mittleren Osten der Demokratisierung bedürfen. Eigentlich wäre das eine Sache sozialer Revolution oder Evolution von innen. Solche aber wären unter den gegebenen Voraussetzungen in einigen Staaten sehr wahrscheinlich islamische. Einerseits können islamische Kräfte mit radikaler Orientierung auf einen islamischen Staat zu Protagonisten eines rückwärtsgewandten politischen Systems werden. Andererseits bestehen sie auf einer nationalen Entwicklung ohne westliche Einmischung, wie Iran. Die herrschenden Regimes sind bestrebt, einer solchen von ihnen und dem Westen gleichermaßen unerwünschten Entwicklung zuvor zu kommen. Beide betreiben eine Art „präventive Modernisierung“:

Einige nahöstliche Regimes entschließen sich zu kosmetischem Lifting ihrer Herrschafterscheingung, ohne deren rückständige Substanz wirklich zu verändern. Dazu treibt sie auch der Westen mit seiner im Windschatten der Antiterror-Strategie boomenden Politik einer „demokratisierender Intervention“, wie sie gegenwärtig gegenüber Afghanistan, Irak und im Rahmen der G 8 Initiative „Greater Middle East“ für den gesamten Nahen und Mittleren Osten praktiziert wird. Ihr Kern ist das Bestreben, fremde Herrschaftssysteme von außen zu „demokratisieren“.

Beide Wege, der des „Lifting“ und der „Demokratisierung von außen“, machen die Regimes und den Westen zu Gegnern der Islamisten. Es könnte noch schlimmer kommen: Das ständig steigende Maß äußeren Einmischens, Zensierens und Vorschreibens könnte schließlich sogar einige Regimes verprellen. Dann säße Europa zwischen allen Stühlen.

Daher läge ein selbstkritisches Überprüfen seiner Politik gegenüber dem islamischen Raum und dort stattfindenden gesellschaftspolitischen Prozessen im europäischen Eigeninteresse. Den Realitäten sollte Rechnung getragen werden: Einerseits lässt sich Demokratie nach westlichem Modell auf die muslimischen Gesellschaften „von oben“ oder „von außen“ nicht transplantieren (wie selbst das säkula-

re türkische Beispiel zeigt). Andererseits lehnt der Westen islamische Entwicklungswege, wie den iranischen, ab, weshalb für ihn die Islamisten Gegner bleiben. Diese Zwickmühle ist der tiefere Grund, weshalb der Westen mit seiner Anti-Terrorstrategie gegenüber dem islamischen Raum *politisch* in der Sackgasse steckt.

Zu schlussfolgern ist: Erstens gilt es, sich von dem Irrglaube zu verabschieden, die islamischen Gesellschaften ließen sich nach den Standards der westeuropäischen oder US-amerikanischen Demokratie modelle modernisieren. Zweitens, es sollte das europäische Verhältnis zu Islamismus, „islamische Revolution“ (Iran), islamistischen Parteien und Bewegungen sowie zum Umgang mit sozialer Spezifik der dortigen Gesellschaften konstruktiv neu bestimmt werden, damit auch islamische Gesellschaftsschichten und Opposition in einen Prozess der Vertrauensbildung einbezogen werden und in ihm ihren festen Platz finden.

4. **Neubestimmung des Zukunftsprofils europäischer Politik gegenüber den muslimischen Gemeinden Europas.** Europäische Politik gegenüber Islam, Islamismus und der islamischen Region lässt sich angesichts ca. 13 Mio. muslimischer Mitbürger Europas nur noch in gegenseitiger Verflechtung von innen- und außenpolitischen Aspekten überprüfen und bedenken. Der „Schulterschluss“ von Außen- und Innenpolitik gelingt bisher nur im repressiven Kontext der Antiterror-Strategie.

Entspannung und Neugestaltung des Verhältnisses zur islamischen Region werden ohne ein harmonisches Verhältnis zwischen „Ur-Europäern“ und muslimischen Europäern nicht gelingen und umgekehrt. Die europäischen Regierungen stehen vor einer ganz ähnlichen Wahl, wie die nahöstlichen Herrschaftsträger: ex- oder inklusive Strategien? Ex- oder Inklusion darf nicht verengt werden auf Einzelkriterien, wie Religion, Kultur, Bildung oder Werte. Vielmehr geht es um einen Ex- oder Inklusionsbegriff im umfassenden Verständnis: sozio-ökonomisch, politisch, rechtlich und kulturell. Fehlt Integration auch nur auf einem gesellschaftlich relevantem Gebiet, so öffnet sich das Ghetto der Exklusion mit all seinen nationalistischen und separatistischen Risiken. „Anstelle eines modernen, toleranten ‚Euro-Islam‘ wird sich ein ‚Ghetto-Islam‘ entwickeln, den fundamentalistische Kräfte aus der islamischen Welt flankieren...In

diesem Fall wird der ‚Heilige Krieg‘ in Europa schneller zur Realität, als wir es uns vorstellen können. Und zwar nicht in Form eines Krieges zwischen dem Westen und der islamischen Welt oder eines ‚Kampfes der Kulturen‘, wie ihn Huntington meint, sondern als eine Art permanenter Partisanenkrieg der Vorstadt-Ghettos unserer Großstädte.“⁴ Will Europa dieser Vision des schwedischen Diplomaten Ingmar Carlson aus dem Jahre 1999 ausweichen, dann hat eine Neubestimmung des Zukunftsprofils europäischer Politik gegenüber der islamischen Welt Außen- und Innenpolitik zusammenzuführen.

Wo sind dafür die Voraussetzungen günstiger als im *eigenen* politischen Raum, dem Binnenraum der EU und dem euro-asiatischen Raum der OSZE?

5. **Integrative Strategien für den Umgang mit dem „islamischen Faktor“ im eigenen euro-asiatischen Raum der OSZE entwickeln.** Die Ernsthaftigkeit Europas, sein Verhältnis zu Islam, eigener muslimischer Bevölkerung und den politischen Vertretern des Islam auf neue Grundlagen zu stellen, ließe sich sofort gegenüber den muslimischen Regionen des OSZE-Raumes demonstrieren. Das hätte eine positive Signalwirkung sowohl in die islamische Welt, als auch in unsere eigenen multinationalen und -religiösen Gesellschaften.

Weder in der neuen Sicherheitsstrategie der EU, noch in der OSZE wird der Tatsache ausreichend Rechnung getragen, dass der Islam und die sich auf ihn beziehenden Bevölkerungen, Eliten, religiösen und politischen Vertreter im asiatischen Raum der OSZE, insbesondere in Zentralasien und Kaukasus, eine permanente zivilisatorische und politische Größe von strategischer Bedeutung sind.

Nicht weniger wird das ungelöste Konfliktpotential unterschätzt, welches die Spannungen im Verhältnis zwischen den autoritären säkularen Regimes in Zentralasien und der muslimischen Bevölkerungsmehrheit in sich bergen. Hier ist auf Grund der komplizierten Transformations- und Staatsformungsprozesse eine Politisierung von Islam, islamischer Bevölkerung und Eliten unvermeidlich. Der Sprung von der Politisierung zur Radikalisierung islamistischer Parteien und Bewegungen ist unter negativen Umständen nicht nur

⁴ Carlson, Ingmar, *Evropejskaja islamskaja politika i Islam v Evrope, Zapad i Islam: Na puti k dialogu*, Moskva, 2004, s. 37

kurz. Er würde den OSZE-Raum auch in neue Kriege wie in Tadschikistan oder Tschetschenien stürzen.

Im Hinblick auf den Umgang mit jener asiatischen "Insel nicht-christlicher Kultur" mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit im OSZE-Raum besteht in Europa ein tiefes konzeptionelles Vakuum. Grundsätzliche Fragen harren auf Antworten: Zu den grundsätzlichen Problemen zählt die Tatsache, dass Stabilisierungs- und Sicherheitsstrategien unter den konkreten Bedingungen Zentralasiens um eine Koexistenz zwischen Säkularismus und Islam - nach innen im Staatsformungsprozess, nach Außen im Verhältnis zum Westen - nicht herumkommt.

Zurzeit dominiert der Drang, den dortigen muslimischen Gesellschaften mit dem Werteacquis der OSZE auch das westliche zivilisatorische Selbstverständnis überzustülpen. Das erreichen zu können, ist allerdings auch hier eine Illusion.

Daher sollten sich Europa, die OSZE und EU zu einer Neubestimmung ihres Verhältnisses zum politischen Islam im eigenen Raum entschließen. Der Kernpunkt dafür ist, Islam einerseits in seiner Komplexität als Religion, Weltanschauung und Regelwerk sozialen Verhaltens sowie andererseits in seinen staats- und rechtsgestaltenden Wirkungen in Rechnung zu stellen. Damit ist es angebracht, das hinter dem Islam stehende gesellschaftliche Potenzial als strategischen Faktor für die Stabilitätspolitik der OSZE zu berücksichtigen und zu nutzen. Auch hier besteht die zentrale Aufgabe darin, für den gemeinsamen politischen Raum eine gemeinsame Perspektive seiner unterschiedlichen Zivilisationen zu gestalten.

Dieser Aufgabe sollte die europäische Sicherheitspolitik mit einer *integrativen* Strategie der Einpassung des „islamischen Faktors“ in den europäischen Stabilitätsraum entsprechen, die geeignet ist, das zivilisatorische Konfliktpotenzial zu entspannen, welches das säkulare-islamische Spannungsverhältnis in Zentralasien in sich birgt. Weiter hätte eine integrative Strategie auf die säkularen und islamischen Akteure ausgleichend einzuwirken. Um Kooperation und Koexistenz zu erreichen, müsste die OSZE die erforderlichen multilateralen Steuerungskonzepte und -instrumente schaffen. Das wäre möglich.

Eingangs haben wir festgestellt, dass die Krise im Verhältnis der islamischen Welt zum Westen und, als ihr Auswuchs, die Grundlagen des heutigen Terrorismusdilemmas in einem langen historischen Prozess gewachsen sind, der bis in Europas Epoche kolonialer Dominanz des Nahen und Mittleren Ostens zurückreicht. Es wird eines längeren Prozesses bedürfen, diese Krise auszuräumen. Doch dieser Prozess muss jetzt begonnen werden. Konkrete Handlungsmöglichkeiten bestehen.